

# Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 12/42. Jahrgang

Dezember 2011

Schutzgebühr: 0,40 E

## Gießener Bürger: Bewahrung der Wieseckau statt Landesgartenschau

Die von einigen Gegnern der Landesgartenschau für den 24. November einberufene Versammlung brachte erste Ergebnisse. Die etwa hundertfünfzig Menschen vereinbarten vier Arbeitsgruppen zu folgenden Bereichen:

1. Öffentlichkeitsarbeit über Presse, Aufkleber, Plakate, Umhängschilder, Vorbereitung von Kundgebungen/ Demonstrationen, Stadtparlament am 15. Dezember (ab 18 Uhr).
2. Juristische Prüfung v. einstweiliger Verfügung, Bürgerbegehren.....
3. Naturschutzbelange in der Wieseckau, Baumschutz
4. Internet, **facebook: Stoppt die Landesgartenschau in Gießen.**

Einig waren sich alle darin, dringend aktiv zu werden, da die Gefahr besteht, dass seitens der Stadt in einer Nacht- und Nebelaktion Bäume gefällt werden. Vorwürfe gegen die Stadtregierung wurden laut: die Wahrheit wird verschwiegen, hier wird manipuliert. Auch die Anwohner der Ringallee sind nicht zu vergessen. Hier sollen ebenfalls Bäume abgeholzt werden und Parkplätze verschwinden. Alles zum Wohle der Menschen, die ab Ende 2013 nicht mehr in der eingezäunten Wieseckau spazieren gehen können und von denen später Eintritt verlangt wird. Zur Einführung hatten Kommunalpolitiker, Umweltschützer und andere LaGa-Gegner noch einmal die geplante Zerstörung der Wieseckau dargestellt. Die Anwesenden waren recht gut informiert und forderten, dass den Worten nun Taten folgen sollen. -

Ein Befürworter der LaGa wiederholte alte Argumente, ein Abgesandter der SPD hörte zu; ob er seine Parteikollegen mit den überzeugenden Argumenten der Versammlung ebenfalls überzeugen kann oder will, bleibt offen. M. Beltz



Diesen Aufkleber gibt es bei: Fraktion Die Linke, Fraktion@Giessen.de, Tel.: 0641/3062460 oder bei: Gießener Echo, Tel.: 0641/32757, dkp@dkp-giessen.de

### Inhalt:

Geheimdienste/NPD/Mahngang	S.2
Kitas/Stadtparlament/Strompreis	S.3
Arbeitslosenzahlen/Mietpreise	S.4
In deutscher Hand/I. Viett verurteilt	S.5
Liebe wie du willst/Buchtipps	S.6
Heinrich von Kleist/Leserbriefe	S.7
Termine/Dank/Welt-Kriege	S.8

## Gießener Bürgerinitiative erfolgreich

Gießener Echo vom Februar 1980



Schon einmal ist es in Gießen gelungen, ein Prestige-Projekt, das die Stadt verschandelt hätte, zu Fall zu bringen. Ende der 70er Jahre wollte der damalige CDU-Magistrat auf dem Brandplatz ein „Kongreßhotel“ mit 120 Doppelzimmern und 5 Apartments sowie eine Tiefgarage mit 400 bis 600 Stellplätzen bauen. Dagegen entstand eine breite Bürgerbewegung, der es schließlich gelang, diese Pläne zu stoppen und den Erhalt des Wochenmarktes, so wie er heute noch existiert, zu sichern.

Ein Neues Jahr beginnt, wir bitten um Überweisung der Abo-Gebühren und um Spenden

Gießener Echo

Konto Nr. 193070

BLZ 51350025

Sparkasse Gießen

Für Frieden und Sozialismus!



# Geheimdienste und dienliche Faschisten

Die Morde von Seiten einer faschistischen Terrorzelle haben ein großes mediales Echo und große Betriebbarkeit beim politischen Personal hervorgerufen. Die hervorstechendsten Merkmale dieser Aktivitäten sind Vertuschen, Verharmlosen und Abwiegeln. „Fahndungspannen“, unfähige Amtsleitungen (bevorzugt bei den ostdeutschen Landesämtern für Verfassungsschutz) und die These von kriminellen – wenn auch „rechts-extremen“ - Einzeltätern, wird zur Erklärung der Ereignisse herangezogen. In diesem Zusammenhang ist eine Behörde in den Fokus des Interesses gerückt, welche sonst auf große Verschwiegenheit

setzt: der Verfassungsschutz. Wenn man die Argumentation der Politiker ernst nimmt müsste man den Verfassungsschutz sofort dicht machen. Wie sagte Volker Kauder (CDU), im Bezug auf den Einsatz von V-Leuten, so schön: „Ein Instrument, das uns nichts bringt, das brauchen wir auch nicht.“

Das Bundesamt für Verfassungsschutz wurde 1950 gegründet und viele Mitarbeiter waren vorher Mitglieder der Gestapo oder des Sicherheitsdienstes gewesen. Der Kampf

gegen den Kommunismus war dessen Gründungsmythos und Faschisten waren schon immer die besten Antikommunisten. Der Haushalt des Bundesamtes für Verfassungsschutz belief sich 2011 auf ca. 174 Millionen Euro (ca. 2800 Beschäftigte).



Dieses Amt ist nicht nur eine Behörde, sondern es ist der Inlandsgeheimdienst und arbeitet wie ein solcher. Ein Staat organisiert eine solche Truppe, damit Dinge getan werden können, von denen keiner etwas mitbekommen soll. In sofern ist die Aussage von der „demokratischen Kontrolle“ der Dienste ein Märchen. Es stellt sich nun die Frage, wird eine solche Behörde unterhalten, wenn sie nichts nützt? Wohl kaum! Der Verfassungsschutz baute in den 50er Jahren eine Untergrundorganisation

„Stay Behind“ für den Fall eines vermeintlichen sowjetischen Angriffes auf. Für diesen Zweck rekrutierte man unter anderem erklärte Faschisten. Der Einsatz von V-Leuten zum Steuern von faschistischen Organisationen gehörte schon damals, wie heute, zum normalen Handwerkszeug, wie der Einsatz von „agent provocateurs“. Mittlerweile zieht z.B. kaum noch jemand in Zweifel, dass der Verfassungsschutz in den Bombenanschlag durch einen faschistischen „Einzeltäter“ auf das Oktoberfest 1980 beteiligt war. Auch förderte der Dienst die Ausbreitung westdeutscher, neofaschistischer Strukturen auf das Gebiet der ehemaligen DDR. Nicht aus bösem Willen, sondern auf Weisung und um das politische Vakuum politisch von rechts zu besetzen. Konsequenterweise ist auch die Beteiligung von V-Leute des Verfassungsschutzes an den ausländerfeindlichen Ausschreitungen in Rostock Lichtenhagen 1992 mehr als wahrscheinlich. Forderte doch der damalige Justizminister und ehemalige Chef des BND Klaus Kinkel 1991: „Es muß gelingen, das SED-Regime zu delegitimieren“.

Geheimdienste dienen politischen Interessen und ihr Handeln ist nur in Ausnahmefällen eine Panne.

Henning Mächerle

**Zur NPD-Demo in Gießen**  
Ob der Gießener Magistrat es jetzt noch wagen würde, der NPD ihren Aufmarsch durch Gießen zu genehmigen darf bezweifelt werden. Nach dem Aufdecken des jahrelangen Mordens der Faschisten in Deutschland sind die verharmlosenden Sprüche der Gießener Kommunalpolitiker, die den Nazis im Juli unter dem martialischen Schutz von 4000 Polizisten Geleit angedeihen ließen, um so verwerflicher. Die faschistischen Verbrechen, darunter etwa 180 Morde in den letzten 20 Jahren, sind im Sommer ebenso bekannt gewesen, wie die Tatsache, dass der Verfassungsschutz in vielen Fällen aktiv beteiligt war.

## 9. November: Mahngang zum Gedenken an die Reichspogromnacht

Auch in diesem Jahr fand wieder ein Mahngang am 9. November zur Erinnerung an die Reichspogromnacht statt, an dem sich etwa 200 Menschen beteiligten. Alle Redner waren sich darin einig, dass die Verbrechen der Nazis gegenüber den Juden und die industrielle Vernichtung dieser Menschen nicht in Vergessenheit geraten dürfen. Drei Red-



ner benannten das Emporkommen der Nazis und die Machtübergabe an Hitler als letzte Konsequenz des kapitalistischen Systems. Anschließend wurde am Gedenkstein vor der Kongreßhalle ein Kranz niedergelegt.



# Armutszuzeugnis Kita: „Wir kriegen einfach die Leute nicht“

Das sagte Bürgermeisterin Weigel-Greulich (Grüne) Mitte November in einem Interview in Bezug auf den Fachkräftemangel bei städtischen Kitas. Fast zeitgleich hat sie im Stadtparlament auf eine Anfrage hin eingestehen müssen, daß rund 10% der Erzieherinnen-Stellen nicht besetzt



sind. Angesichts der schlechten Bezahlung für Erzieherinnen und der Tatsache, daß viele Stellen nur in Teilzeit (für noch weniger Geld) und oft nur befristet besetzt werden, ist das nachvollziehbar.

Im Jugendhilfeausschuß, der kürzlich die Vergabe der städtischen Kita in der Ederstraße an einen freien Träger beschlossen hatte, entspann sich auf der letzten Sitzung eine Diskussion über die Stellenbesetzung, allerdings nicht über Gehälter und Arbeitszeiten, sondern über die Religionszugehörigkeit. Caritas und Diakonie beharren weiter darauf, daß in ihren Einrichtungen nur Angehörige der Kirche beschäftigt werden, von einzelnen Ausnahmen abgesehen. Das ist auch in ihren Stellenausschreibungen regelmäßig als Voraussetzung genannt, obwohl ihre Mitgliederzahlen schwinden und etwa 40% der Bevölkerung keiner Kirche angehören. Vor diesem Hintergrund wollte der Fachausschuß Jugendhilfepla-

nung die Zusicherung der neuen Betreiber, auch nicht-christliche Fachkräfte einzustellen. Das wurde von Diakonie und Caritas strikt abgelehnt. Unterstützt wurden sie vom Stadtverordneten Grothe (Grüne), der sich zu der vollkommen aus der Luft gegriffenen Behauptung verstieg, kurdische Eltern könnten mit einer türkischen Erzieherin sehr viel weniger anfangen als mit einer katholischen.

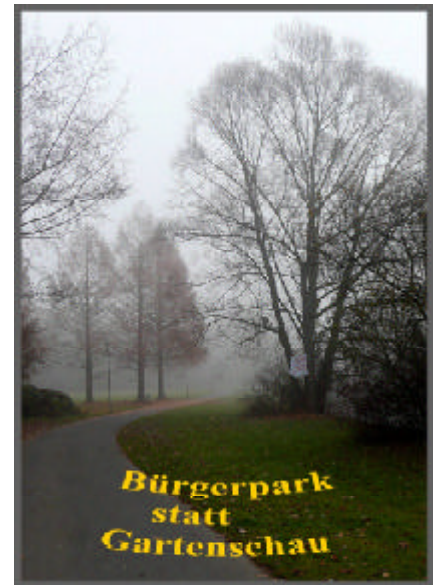
## Kirchen kontra Arbeitsrecht

Die EKD hat Anfang November auf ihrer Synode das Streikverbot für ihre Beschäftigten bekräftigt und die Festlegung der Arbeitsbedingungen in „arbeitsrechtlichen Kommissionen“ beschlossen, Gewerkschaften sind keine Verhandlungspartner, kirchliche Beschäftigte ohne effektive Mitbestimmung. Die Gehälter liegen deutlich unter denen im öffentlichen Dienst. Bei der Caritas ist es ebenso; beide haben zusammen knapp eine Million Beschäftigte. Erika Beltz

## Stadtverordnetenversammlung mit Tricks

Laut Tagesordnung sollten Anträge diskutiert werden, die nach den Kosten der Landesgartenschau fragten oder auch forderten, die LaGa abzusagen. Darüber hinaus fordert die Fraktion Die Linke, alle Stadtverordneten, die weiterhin für die Durchführung der Mammutschau plädieren, haftbar zu machen: sie sollen eine Bürgschaft übernehmen. Doch die Grünen, ehemals Vertreter für Ökologie, Frieden, Transparenz und ein wenig Demokratie verhinderten mit ihren Methoden die Diskussion. Sie redeten so lange irgendwelche sinnlosen Gedanken daher und brauchten eine Beratungspause, bei der aber nichts heraus kam, bis die Zeit

– 24 Uhr – abgelaufen war. Der Wählerwille wird zur Wählertäuschung genutzt. **Neues vom Regierungspräsident** Gelobt wurde RP Witteck (CDU), der einen Schuldenstopp entschied. Die SPD hatte nicht den Mut, mal nachzufragen, warum der RP nicht die damalige-CDU geführte Regierung schon dazu aufforderte, weniger Schulden zu machen. Nach diesem Entscheid des RP muss also gespart werden. Die SPD-Grüne Mehrheit wollte den Bahnhofsvorplatz streichen. Dagegen gibt es Widerstand. Jedoch: wer hat eine Alternative – was soll an Investitionen gestrichen werden? Da bleibt doch nur die LaGa übrig!!



## Strompreis: Wir zahlen für die Konzerne

Die Bundesregierung hat Konzernen und Großbetrieben wieder mal ein Geschenk gemacht, das das Mehrwertsteuergeschenk an die Hoteliers in den Schatten stellt. Großverbraucher elektrischer Energie werden von den Gebühren für Stromnetze befreit, außerdem brauchen sie keinen Beitrag zu den Mehrkosten sogenannter regenerativer Energien (Sonnen-, Wind-, Biomasse-Strom usw.) zu leisten. Alle dafür anfallenden Kosten werden allein auf Privatkunden und kleinere Gewerbetreibende umgelegt. Die Großverbraucher bekommen den Strom zu einem von uns allen subventioniertem Minipreis frei Haus geliefert. Zusätzlich bekommen die Betreiber der Stromnetze, das sind vor allem die Stromkonzerne und Finanzinvestoren, wegen einer angeblichen Gesetzeslücke die Möglichkeit, den in unserem Strompreis enthaltenen Anteil für die Stromnetze aus reinen Profitgründen in die Höhe zu treiben.

Gernot Linhart

## Arbeitslose in Gießen:

# Glaubt nur den Zahlen, die ihr selber gefälscht habt.

Im neuen Statistischen Jahresbericht von Gießen wird ausführlich die Entwicklung der Arbeitslosenzahlen im Jahr 2010 dargestellt. Jeden Monat wird gezählt, nach Männern und Frauen unterschieden, die Durchschnittszahlen für jedes Vierteljahr benannt und natürlich die für das Jahr 2010 insgesamt. Demnach waren im Durchschnitt 2392 Gießener arbeitslos, das entspricht einer Quote von 11%. So könnte man denken, wenn man den Bericht nicht bis zu Ende liest und kurz vor Schluß unter der Überschrift „SGB-2-Empfänger“ weitere Zahlen finden würde. Diese Zahlen gibt es übrigens nur für den Monat Juni. Und da ist dann in einer Auflistung zu lesen, dass es 4900 Bedarfsgemeinschaften nach SGB 2 (Hartz IV) im Juni gibt, in denen insgesamt 9249 Menschen leben. Entsprechend der eingangs stolz erwähnten Summe von nun rund 77.000 Einwohnern sind also rund 12% abhängig von Leistungen nach dem SGB 2. Und die Auflistung verrät weiter,

dass von den genannten 9249 Personen insgesamt 6720 als „erwerbsfähige Hilfsbedürftige,“ bezeichnet werden. Von diesen wiederum werden 3166 als "arbeitslose erwerbsfähige Hilfsbedürftige" bezeichnet. Nun war ich persönlich alles andere als ein Ass in Mathematik, aber diese genannten Zahlen ergeben für mich etwas anderes als die 2392 durchschnittlich Arbeitslosen im Jahr 2010. Ist ja auch klar, als „arbeitslos“ tauchen in der Bilanz nur die Empfänger von Arbeitslosengeld I auf. Diejeni-

gen, die ALG II beziehen, erscheinen da gar nicht mehr, schon gar nicht, wenn sie in 1-Euro-Jobs stecken, in „Maßnahmen“ geparkt sind o.ä. Wie will eine Stadt, bzw. die politische Mehrheit in dieser Stadt, das größte soziale Problem, die Arbeitslosigkeit, angehen, wenn sie noch nicht mal in der Lage ist, die Zahlen der Gießener zu veröffentlichen oder zu ermitteln, die tatsächlich arbeitslos sind? Und dazu gehören nach Meinung von uns Kommunisten natürlich noch mehr: z.B. diejenigen, die keine Leistungen nach SGB 2 beziehen, weil der Partner ein zu hohes Einkommen hat, oder die älter als 58 Jahre sind, die ebenfalls nicht mehr erfasst werden. Also ist der Schluß zu ziehen: mit statistischen Tricks wird etwas vorgegaukelt, was nicht zutrifft. Das Problem der Arbeitslosigkeit ist in Gießen wesentlich höher, als es die 11% der offiziellen Statistik, beruhend auf Zahlen der Bundesagentur für Arbeit, uns weismachen sollen. K.S.



## Kapitalistische Mietpreisgestaltung

Seit mehr als 10 Jahren nehmen die Einkommen der ärmeren Hälfte der Bevölkerung stetig ab. Gleichzeitig werden alle staatlichen und kommunalen Maßnahmen, die das Leben erleichtern könnten, rigoros gekürzt. Besonders deutlich ist das bei Wohnungsbau und Mieten. Während es früher fast 10.000 öffentlich geförderte Wohnungen in Gießen gab, sind es jetzt nur noch 2800. Auch für diese Wohnungen entsprechen die Mieten fast den nicht geförderten Kostenmieten. Auch öffentliche Wohnungsgesellschaften wie die Gießener Wohnbau machen Gewinne, die als Dividende an die jeweiligen Besitzer (Staat oder Gemeinde) ausgezahlt werden. Besonders schlimm wird es für Mieter, wenn ihre Wohnungen saniert werden.

Nach Modernisierung der Wohnungen und Dämmung der Gebäude können die Mieten auf fast das Doppelte

steigen. Nach thermischer Sanierung können jährlich 11% der Kosten auf die Miete aufgeschlagen werden. Die Kosten hierfür haben sich nach 9 Jahren amortisiert; danach ist der Aufschlag Reingewinn für den Vermieter. Auch wenn die Heizkosten sinken: die Mieterhöhungen sind meist doppelt bis dreimal so hoch wie die Kostenersparnis. Besonders übel sind Hartz-IV-Bezieher dran, wenn die neue Miete über den Regelsätzen liegt.

Die Heizkostenersparnis kassiert die Arbeitsagentur, auf der höheren Miete bleibt er sitzen – wenn er sich die Wohnung überhaupt noch leisten kann. Auch Wohngeldempfänger zahlen drauf, wenn die neue Miete über den Fördergrenzen liegt. Einige Beispiele in Gießen (Abriß und Neubau von Seniorenwohnungen im Eichendorffring, Sanierung Dachcafe, geplante Sanierung Ludwigstr. 6) zeigen,

daß die Mieten auf mehr als das Doppelte steigen können und die Maßnahme zu einem fast vollständigen Austausch der Mieter führt, weil die Wohnungen für die Altmieten unerschwinglich werden. Das kann so nicht hingenommen werden. Wenn energetische Sanierungen aus klimapolitischen Gründen gesellschaftlich gewollt sind, müssen sie auch so gefördert werden, daß die Mieter dort bleiben können.

Der soziale Wohnungsbau muß angesichts der stetig sinkenden Einkommen wieder aufgenommen werden. Gewinne der öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften dürfen nicht als Dividende ausgeschüttet werden, sondern müssen für Mietsenkungen oder Baumaßnahmen im Interesse der Mieter verwendet werden. Wohnen ist ein Menschenrecht, das aber im Kapitalismus dem freien Markt zum Opfer fällt. Gernot Linhart



# In deutscher Hand - Demokratieverfall in Europa

Die bürgerliche Demokratie ist in letzter Konsequenz eine Minderheitenherrschaft, wodurch ihr immer die Tendenz zur Oligarchie innewohnt. In den USA ist die oligarchische Struktur der Demokratie längst offenkundig, im EU-Bereich tritt sie mit zunehmender Integration immer deutlicher zutage. Die kapitalistische Krise ist zum Katalysator des Demokratieabbaus geworden.

Deshalb sind von der Krise besonders stark betroffene Länder zu Exerzierfeldern der Entdemokratisierung gestaltet worden. Expertenregierungen, wie sie eben erst in Griechenland und Italien gebildet wurden, signalisieren eine Art Ausnahmezustand, das unverschleierte Primat der Ökonomie über die Demokratie. Solche Regierungen sind einzig dem Brüsseler Krisenmanagement gegenüber verantwortlich, nicht den gewählten Volksvertretungen. Brüssel aber wäre nur eine Ansammlung von Bürokraten, würde die wirkliche Vorherrschaft nicht

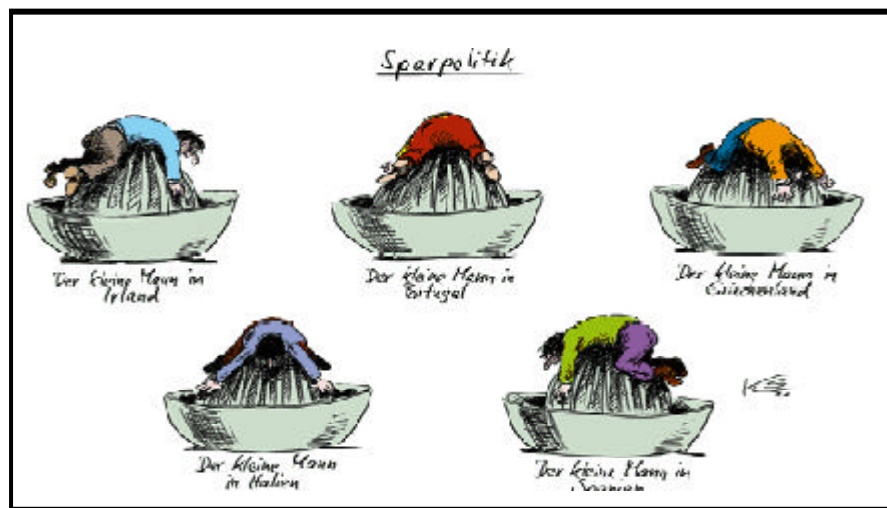
von starken Nationalstaaten ausgeübt werden. Unter diesen bilden Deutschland und Frankreich das Machtzentrum.

Das Treffen des italienischen Premiers Monti mit Merkel und Sarkozy habe Symbolcharakter gehabt, schreibt Klaus-Dieter Frankenberger im FAZ-Leitartikel vom 25. November. Mit Genugtuung vermerkt der Autor, daß es sich weniger um ein Dreier-Treffen gehandelt habe als um einen Rapport, zu dem der Italiener bestellt worden sei... Es ist somit alles in deutsch-französischer Hand, mit Betonung auf Deutsch. Nationale Parlamente sind zu Nebenschauplätzen geworden. Doch ist die deutsche Sonderstellung in Europa auch dem deutschen Parlamentarismus nicht



gut bekommen. Der Euro-Rettungsplan wurde von den Staats- und Regierungschefs ausgehandelt – der Deutsche Bundestag durfte ihn in seinen Grundzügen absegnen, mehr aber auch nicht. Zwar wirkt sich der den Nationalstaaten abverlangte Souveränitätsverzicht für die peripheren Mitgliedsländer wesentlich drückender aus als für die europäischen Hegemonialmächte. Doch erzwingt das EU-Machtregime in allen Mitgliedsstaaten den Verzicht auf Volkssouveränität. Die europäische Integration ist ein Eliteprojekt, in das Neokolonialismus, Demokratie- und Sozialabbau strukturell eingeschrieben sind. Für linke Europatümelei besteht nicht der geringste Anlaß. Werner Pirker

leicht gekürzt aus: junge Welt, 26.11.11



## Wegen Friedenshetze verurteilt

Am 24. November wurde Inge Viett, mehrmals Referentin der DKP in Gießen, zu einer Geldstrafe von 1200 Euro verurteilt. Die Kommunistin (früher in der Bewegung 2. Juni, lebte in den 80er Jahren in der DDR und war in den 90ern zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt worden) war Teilnehmerin der Rosa-Luxemburg-Konferenz der Tageszeitung „junge Welt“ im Januar 2011.

Dort hatte sie „das Abfackeln von Bundeswehr-Ausrüstung“ als legitim bezeichnet, wenn Deutschland Angriffskriege führt. Der Staatsanwalt hatte ihr Billigung einer Straftat vorgeworfen und sogar eine Haftstrafe von

drei Monaten ohne Bewährung gefordert. Dabei lag überhaupt keine „Straftat“ vor, die sie hätte billigen können, und der der Anklage zugrunde liegende § 306 (Brandstiftung) bezieht sich expliziert auf zivile und nicht auf militärischen Einrichtungen.

Laut Strafgesetzbuch ist „Kriegshetze“ strafbar wie auch die „Vorbereitung eines Angriffskrieges“ (§ 80). Und da soll konsequenter Friedenskampf geahndet werden?! Da soll das Recht auf freie Meinungsäußerung außer Kraft sein. Wohl deswegen, weil die Bundesregierung, die ihre Kriege noch immer als humanitäre Einsätze verkaufen will, dem Einhalt



gebieten will. Denn alle Bundeswehrstrategien sind darauf ausgerichtet, daß die BRD ihre Interessen nicht nur am Hindukusch, sondern weltweit „verteidigen“ – Kriege führen! - will. - Inge Viett wird gegen dieses Urteil Rechtsmittel einlegen; sie verdient unsere Solidarität. Erika Beltz



### Feldbauer, Gerhard: **Wie Italien unter die Räuber fiel**

Gerhard Feldbauer weist nach, wie die italienische Linke und insbesondere die IKP nach dem Zweiten Weltkrieg ihren enormen Einfluss allmählich verspielten und wie ihre seit Ende der 1970er Jahre fortschreitende Schwäche entscheidend dazu beitrug, dass das Land jahrelang unter die Räuber fallen konnte. Quellenreich belegt Feldbauer, wie faule Kompromisse und politischer Opportunismus mithalfen, die reaktionäre Wende überhaupt erst zu ermöglichen. Papyrossa Verlag, Broschur, 222 S., 14,90 Euro

**Redaktionsschluß für das Januar-Echo: 5.1.2012**

## Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, Erscheinungsweise: monatlich. Bezugsgebühren: 20 € im Jahr (inkl. Versandkosten), erm. 10 € Kto.Nr: 193070 bei Sparkasse Gießen, BLZ 51350025. Druck: gruendruck Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, E-Mail: dkp@dkp-giessen.de. Im Internet:

<http://www.dkp-giessen.de>

Ich möchte:

- Mitglieder der DKP kennenlernen
- das Gießener Echo drei Monate kostenlos zur Probe beziehen
- das Gießener Echo abonnieren und damit zu allen Veranstaltungen eingeladen werden
- das Gießener Echo online (pdf) abonnieren

Name:

.....

Adresse: .....

e-mail: .....

## Liebe wie du willst hasse wie du willst

Da gibt eine Initiative aus dem fundamentalistisch-christlichen Spektrum mit dem Ziel, das deutsche Volk zu erhalten. Deutschland darf sich nicht abschaffen (s. Sarrazin). Prof. Dr. W. Leisenberg, Aufrufer einer Petition an die Stadt, will „den biologischen Fortbestand des Volkes sichern“, und er befürchtet, dass sich die Deutschen „geistig und biologisch“ abgeschafft haben. Und wer ist Schuld daran, dass die Deutschen langsam aussterben?



Die Homosexuellen und mit ihnen alle, die dem Grundgesetz (Würde des Menschen, Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit) entsprechend Homosexuelle beraten und eine gleichgeschlechtlich Beziehung oder Ehe akzeptieren. Das Jugendbildungswerk und pro familia Ortsverband Gießen e. V. sind schon lange ein Dorn in den Augen der Fundamentalisten. In diesem Zusammenhang werden die 68er, Kommunisten, Sozialisten als diejenigen gebrandmarkt, die aufgrund ihrer antiautoritären Haltung mit einem „Kulturkampf in Deutschland die kollektive Erziehung der Kinder systematisch vorangetrieben“ haben.

Im Sinne einer humanistischen Grundhaltung die Frage nach der Diskriminierung (leider immer noch) von Homosexuellen zu stellen, fällt natürlich dieser von Leisenberg angeführten Gruppierung nicht ein. Angst vor der Entdeckung ihrer persönlichen Neigung und vor Beschimpfungen führen gerade bei Jugendlichen oftmals zu psychischen Schäden. Verhaltensauffälligkeiten, Konzentrationsmängel, Schlafstörungen, Depressionen bis hin zu Selbsttötungen sind häufig die Folge.

Hier steht nicht mehr der Mensch im Mittelpunkt, sondern ein aus fundamentalistischer Enge heraus gebildeter Religionseifer, der einer Liebe zu den Menschen eine abstrakten Liebe zu einem selbstgebastelten Gott entgegen setzt.

Von Klerikalen auch hier in Gießen (Talstraße) gibt es die Darstellung – und damit Verurteilung – Homosexueller als Sünder. Und wie können sie geheilt werden? Nur dadurch, dass sie den Herrn Jesus annehmen. Wir wollen jedoch dem Herrn Professor zugestehen, dass er, der so spät noch zum Glauben gefunden hat, gleichzeitig seine homosexuelle Neigung entdeckt haben könnte. Also, lieber Herr Leisenberg: Besser outen als verdrängen, denn das führt zu: hasse wie du willst.

Michael Beltz



Arbeitskostenprojekte, Was ist das?

### Unterkunfts- und Heizkosten nach dem SGB II

Für Leihfaher

Fachhochschulverlag,  
Kleiststr. 10, Gebäude 1,  
60318 Frankfurt,  
Tel.: 069/15332820,  
E-Mail: [bestellung@fhverlag.de](mailto:bestellung@fhverlag.de)  
296 Seiten, 14 Euro,

**NEU**

Fachhochschulverlag  
www.fhverlag.de



# Heinrich von Kleist und die deutsche Misere

Niederdrückende politische Verhältnisse in Preußen, Krankheit, Geldnot, Verachtung durch seine Familie und Vereinsamung trieben Heinrich von Kleist in den Freitod. Am 21. November 1811 erschoss er sich zusammen mit der unheilbar kranken Henriette Vogel am Kleinen Wannsee in Berlin. Über die damaligen gesellschaftlichen Verhältnisse schrieb Friedrich Engels: Der Zustand Deutschlands war „eine einzige lebende Masse der Fäulnis und abstoßenden Verfalls. Niemand fühlte sich wohl. Gewerbe, Handel, Industrie und Landwirtschaft des Landes waren fast auf ein Nichts heruntergewirtschaftet; die Bauern, die Kaufleute und Fabrikanten fühlten den doppelten Druck einer blutsaugerischen Regierung und eines schlechten Geschäftsganges; der Adel und die Fürsten fanden, dass ihre Einnahmen, trotz der Auspressung ihrer Untertanen, nicht Schritt halten wollten mit ihren wachsenden Ausgaben; alles ging verkehrt, und ein allgemeines Unbehagen herrschte im ganzen Lande.“

An diesen gesellschaftlichen Zuständen, und seinem exaltierten Naturell eines Alles oder Nichts, zerbricht Heinrich von Kleist. 1792 schlägt er die Militärlaufbahn ein, scheidet aber schon 1799 als Leutnant aus der Armee aus. Er schreibt: „Das größte Wunder militärischer Disziplin, die der Gegenstand des Erstaunens aller Kenner waren, wurden der Gegenstand meiner herzlichsten Verachtung; die Offiziere hielt ich für so viele Exerziermeister, die Soldaten für so viele Sklaven, und wenn das ganze Regiment seine Künste machte, schien es mir als ein lebendiges Monument der Tyrannei.“ Ein Studium der Mathematik und Physik bricht er ab, als er mit der Philosophie Immanuel Kants bekannt wird, der er nur die Grenzen menschlicher Erkenntnis, nicht ihre Möglichkeiten entnimmt. Seine Verlobung mit Wilhelmine von Zenge wird gelöst. Er hatte die Braut von Anfang an mit pedantischen Hausaufgaben traktiert, etwa mit der Frage, ob „die Weiber wohl ganz ohne Einfluss auf die Staatsregierung“ sind. Bleibt der Dich-

ter, der uns unter anderem eines der ganz wenigen deutschen Lustspiele bescher- te, den „Zerbrochenen Krug“, die Geschichte von dem Dorfrichter Adam, der unter den Augen des Gerichtsrevisors über das Vergehen richten muss, das er selbst begangen hat. Eine echte Tragödie, wenn auch im Gewand der Komödie. Führt er den Prozess nach dem Gesetz, kommt heraus, dass er der Täter ist, der auch den Krug zerbrochen hat, führt er ihn unter Beugung des Gesetzes, wird er zumindest wegen Unfähigkeit aus dem Amt gejagt. In seinem letzten Drama „Der Prinz von Homburg“ versucht Kleist das Unmögliche, preußisches Soldatentum mit Menschlichkeit zu vereinen. Das Stück, in dem ein preußischer Offizier Todesfurcht zeigt, hatte er gar der Schwägerin des Königs widmen wollen. Diese lehnt ab, die Aufführung des Stückes wird verboten. Hoffnungslos und vereinsamt nimmt Kleist sich das Leben. Auch Goethe und Schiller litten unter der deutschen Misere. Schiller flüchtete in eine irrealer ideale Gedankenwelt, Goethe rebellierte etwa im „Faust“ gegen die Gesellschaft seiner Zeit, schickte sich aber realiter in diese. Für den kompromisslos realistischen Dichter Kleist gab es keinen Ausweg. Im Grunde besiegte die „Ohnmacht, Gedrücktheit und Misere der deutschen Bürger“ (Marx) die größten deutschen Denker ihrer Zeit. Sie hinterließen uns dennoch große Werke. So auch Heinrich von Kleist. Klaus Mewes

UZ - Sozialistische  
Wochezeitung der DKP

Probexemplar bzw. 10 Wochen  
Gratis-Abo (endet automatisch):

UZ-Unsere Zeit, Hoffnungstr. 18,  
45127 Essen, tel 0201-2486482,  
E-mail: UZAbo@t-online.de  
www.unsere-zeit.de



## Leserbriefe

### Faschisten damals und heute

„Wo Bücher brennen, brennen auch bald Menschen.“ (Heinrich Heine). Wie recht Heinrich Heine hatte, zeigt vielfach die Geschichte. So auch bei den öffentlichen Bücherverbrennungen am 10. Mai 1933 kurz nach der Machtübergabe an Hitler. Betroffen waren kritische Werke gegen den „undeutschen Geist“. Nach diesem „Mitmach-Event“, an dem sich zigtausend deutsche Bürger beteiligten, folgte am 9. November 1938 die Reichspogromnacht. Hier wurden v.a jüdische Geschäfte und Synagogen geplündert und angezündet. Dies war das Fanal für die Verfolgung primär von Juden, deren planmäßige und industrielle Massenvernichtung. Schließlich wurde am 1. September 1939 seitens des faschistischen Deutschland der Zweite

Weltkrieg begonnen. Diese Tatsachen und Zusammenhänge werden hierzulande verschwiegen, haben an Aktualität aber nichts verloren, denn wir haben heute unter Frau Merkel einen Kulturstaatsminister namens Bernd Neumann (CDU), der sich am 3. 11. 1977 öffentlich im Bremer Landtag bezogen auf die Werke von Erich Fried wie folgt äußerte: „So etwas würde ich lieber verbrannt sehen, das will ich hier ganz deutlich zum Ausdruck bringen.“ (zit. n. Dietrich Kittner) Der Hit ist nun, dass dieser im Bundeskanzleramt sitzend, nun für solche Vorhaben an der richtigen Quelle bzw. Zündelstelle sitzt. Na dann! U. Moldenhauer

### Griechenland

Nichts ist vergessen und niemand. In der ganzen Griechenland-Debatte wird hierzulande unterschlagen, welches großes Leid und Elend Deutschland im 2. Weltkrieg über Griechenland brachte. Unterschlagen wird die brutale Unter-

stützung der griechischen Faschisten in den 60er und 70er Jahren und die Okkupation Zyperns durch das NATO-Land Türkei. In den Schlamassel gezogen wurde das griechische Volk durch EU, Euro und NATO, zumal die Hellenen tatsächlich noch einige Rechnungen bei uns offen haben.

Volker Brecht, Werkzeugmacher, IGM

**Cuba** hat es global geschafft, relativ hohe Sozialstandards und einen sehr niedrigen CO2 Ausstoß (im Gegensatz zu den USA und Europa) zusammenzubringen. Dies und die weltweite Hilfe machen uns stolz auf diese kleine Insel in der Karibik, die weltweit uneigennützig humanitäre Hilfe leistet. Unablässig geißelt Fidel mutig die Völkermorde der NATO auch in Bezug auf Libyen. Völlige Freiheit für die fünf cubanischen Patrioten und wahren Antiterroristen, die in Miami schmachten! Dasleys M. Torres (Cuba)

Für die freundlichen, teils klassenkämpferischen Wünsche zu meinem 70. Geburtstag bedanke ich mich bei allen, die mir – viele auch mit Foto – gratuliert haben: insbesondere bei den Genossinnen und Genossen der DKP und der SDAJ, beim Rotfuchs, bei T&P, bei der Gießener Linkspartei, bei der Oberbürgermeisterin, Freunden aus der SPD, dem ehemaligen Kollegium... und meiner Familie für die aufwändige Vorbereitung und Gestaltung der Feier.

Meine Einschätzung, dass ich ein netter Mensch sei, wurde vielfach bestätigt.

Michael Beltz

## Wir empfehlen folgende Zeitschriften:



**T&P.Theorie und Praxis.**  
www.tundp.info. Bestellungen an:  
TundP-Box@web.de oder an M.Beltz,  
Postfach 110226, 35347 Gießen



**RotFuchs.** Tribüne für Kommunisten und Sozialisten in Deutschland.  
www.rotfuchs.net. Bestellungen an:  
WDockhorn@t-online.de

**Widerstand  
gegen Hartz IV**  
jeden Montag 18 bis 19 Uhr  
bei den drei Schwätzern

## Luxemburg-Liebknecht- Ehrung in Berlin

Die Demonstration im Rahmen der Liebknecht-Luxemburg-Ehrung zur Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde startet am Sonntag, 15. Januar 2012 um 10.00 Uhr vom U-Bahnhof Frankfurter Tor.: [www.11-demo.de](http://www.11-demo.de). Am Tag zuvor finden wieder viele Veranstaltungen statt - so die Rosa-Luxemburg-Konferenz der "jungen Welt" und natürlich die traditionelle Luxemburg-Liebknecht-Lenin-Veranstaltung der DKP.

## Jugoslawien, Afghanistan, Irak, Libyen - Iran?!

Solange die sozialistische Staatengemeinschaft existierte, herrschte weitgehend Frieden in der Welt. Die USA hielten sich nach dem verlorenen Vietnamkrieg zurück, abgesehen von dem Überfall 1983 auf den Inselstaat Grenada, dessen sozialistische Regierung sie wegputschte. Die Regierung Allendes in Chile wurde mit Hilfe des CIA blutig beseitigt – damals konnte sich die USA noch kein „Regime-changing“ mit Bomben und Soldaten erlauben, wie es heute an der Tagesordnung ist. Es herrschte das „Gleichgewicht des Schreckens“ zwischen NATO und dem Warschauer Vertrag; die Atommacht UdSSR mußte respektiert werden. Nach 1990 war dies hinfällig, neuen Kriegen um die Neuaufteilung der Welt, um den Zugang zu Rohstoffen und Weltmärkten stand kein sozialistisches Lager mehr entgegen. Und mit dabei die BRD, die nach der Einverleibung der DDR wieder Großmachtstreben entwickelte.

### Jugoslawien

Es war Deutschland, das eine we-

sentliche Rolle bei der Zerschlagung Jugoslawiens spielte, und es war die SPD/Grüne Bundesregierung, die den NATO-Krieg maßgeblich mit führte und schürte (Scharpings Fabel von mit Totenschädeln Fußball spielenden Serben).

Bis heute sind Tausende deutsche Soldaten auf dem Balkan stationiert.

### Afghanistan

Als im Jahre 2000 der Bush-Intimus Osama bin Laden sich weigerte, eine Öl-Pipeline nach Wunsch der Amis durch Afghanistan bauen zu lassen, war er fällig. Es hätte nicht eines 11. September bedurft, um Afghanistan zu überfallen, aber so war es einfacher; so konnte die UNO ins Boot geholt werden.

Dieser Krieg dauert auch heute noch – nach zehn Jahren – an. Auch die Verhandlungen, die jetzt auf dem Petersberg in Bonn geführt werden, dienen nicht seiner Beendigung. Es sollen lediglich mehr Afghanen für die Drecksarbeit gewonnen werden, während die Besatzungsmächte weiterhin im Land bleiben.

### Irak

Es folgte der Irak-Krieg, der mit der Lüge von Massenvernichtungswaffen begann; bis heute ist auch dieses Land ein US-Protectorat geblieben, in dem der Widerstand anhält.

### Libyen

Libyen wurde bereits ohne UN-Mandat (es war lediglich eine Flugverbotszone beschlossen) in Schutt und Asche gebombt; zu „schützende“ Zivilisten wurde getötet (im Sprachgebrauch „Ghaddafi-Söldner“ so wie damals jeder ermordete Vietnameser ein Vietkong war), es ist kein Stein auf dem anderen, die Infra-Struktur vollkommen zerstört. Das kaltblütige Morden von Staatsoberhäuptern wird geduldet.

### Iran

Und schon wird der nächste Angriffskrieg vorbereitet – gegen den Iran. Mit den gleichen Lügen wie gehabt: Massenvernichtungswaffen, ohne jeden Beweis, auch die Atombehörde behauptet das nicht. Überall ist die BRD, das deutsche Kapital, auf die eine oder andere Weise mit dabei. Rosa Luxemburgs Alternative „Sozialismus oder Barbarei“ ist schon lange überholt; wir stehen vor der Alternative „Sozialismus STATT Barbarei“. Eine Losung, die in der DDR oft angeschrieben war, lautete: Je stärker der Sozialismus, desto sicherer der Friede. Wie wahr! Erika Beltz

